



## **Niederschrift**

10. Plenarsitzung des Gemeinderates  
26. Mai 2020, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Gartenhalle, Kongresszentrum  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

### **Punkt 9 der Tagesordnung: Stellenschaffungsverfahren 2020**

**Vorlage: 2020/0448**

**dazu:**

**Änderungsantrag: FW|FÜR**

**Vorlage: 2020/0638**

**Überarbeitung der Liste**

**Änderungsantrag: AfD**

**Vorlage: 2020/0644**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die durch die Bürgermeisterkonferenz priorisierten Stellenschaffungen der Liste 2 (der Vorlage) im Umfang von rund 9,2 Mio. Euro. Die Stellenbesetzungen erfolgen auf Grund der derzeitigen Finanzsituation im Regelfall (frühestens) zum 1. Januar 2021. Mit dieser Verschiebung der Besetzungen werden Einsparungen im Personalhaushalt für das Jahr 2020 im Umfang von 2,2 Mio. Euro erwartet.

### **Abstimmungsergebnis:**

Beschlussvorlage: Bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag FW|FÜR: Bei 7 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag: AfD: Bei 3 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Personalausschuss, die Beanstandung der Offenlage sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

**Bürgermeister Dr. Käuflein:** Dass dieser Punkt auf die Tagesordnung des Gemeinderates heute gekommen ist, hängt damit zusammen, dass nach der Vorberatung im Personalausschuss am 24. April von einer Fraktion die Offenlage angehalten wurde. Es liegen jetzt zwei Änderungsanträge vor. Aus dem Anhalten, wie aus den Änderungsanträgen lese ich

eine Sorge heraus, dass die jetzt zu beschließenden Stellenschaffungen im Konflikt stehen mit der Haushaltssituation unter Corona. Deswegen erlauben Sie mir ein paar grundsätzliche Bemerkungen.

Es ist richtig, meine Damen und Herren, dass die Liste, die heute zur Abstimmung steht, vor Corona auf den Weg gebracht wurde. Gleichwohl – das ist mein Hauptargument, das habe ich auch im Personalausschuss vorgetragen – durch Corona fällt keine einzige Aufgabe bei der Stadtverwaltung weg. Sie, meine Damen und Herren vom Gemeinderat, aber auch die Bürgerschaft, erwarten, dass wir in wenige Tagen oder Wochen von dem, was wir jetzt Basisbetrieb nennen, wieder in einen Normalbetrieb kommen. Aus Ihrer Mitte bin ich angesprochen worden im Blick auf einzelne Dienstleistungen, wann die endlich wieder zur Verfügung stehen. Hinter allen Stellen, die wir schaffen wollen, stehen letztlich Aufgabenmehrungen bei der Stadtverwaltung. Aufgabenmehrungen durch gesetzliche Vorgaben, durch Beschlüsse des Gemeinderates, aber schlicht und einfach auch durch Erwartungen aus der Bürgerschaft, dass die Verwaltung ordnungsgemäß funktioniert.

Ich saß sehr lange im Stadtrat im Personalausschuss und habe das beobachtet. Deswegen zwei grundsätzliche Bemerkungen: Die Stellen bei der Stadt wachsen in dem Umfang, in dem die Stadt wächst. Die Stadt wächst und damit wächst das Rathaus. Die Stellen wachsen auch ungefähr in der Dimension, wie der Haushalt in den letzten Jahren gewachsen ist. Das ist immer parallel. Die Stadt wächst, der Haushalt wächst, die Stellen wachsen, weil die Aufgaben zunehmen.

In der Antwort der Verwaltung ist, insofern kann ich das nur kurz andeuten, ausgeführt, dass wir ein mehrstufiges Verfahren haben, bis wir zu dieser Liste kommen. Eine dreistellige Zahl von Stellen, die von den Ämtern gewünscht wurden, ist da bereits herausgefallen durch Prüfung des Personal- und Organisationsamtes, durch eine Priorisierung in der Bürgermeisterkonferenz. Trotzdem nehmen wir Ihre Sorgen ernst und haben im Benehmen mit dem Dezernat 4, mit dem Finanzdezernat, den Vorschlag entwickelt, dass wir den Vollzug der Besetzung der Stellen auf frühestens den 01.01.2021 verschieben. Dadurch sparen wir über 2 Mio. Euro. Wir befinden uns im Vollzug des Haushalts. Deswegen, letzte Bemerkung, mit diesen Stellenschaffungen bewegen wir uns zielgenau in der Vorgabe, die Sie uns durch den Haushaltsbeschluss ermöglicht haben. Insofern, noch einmal, wir nehmen die Sorgen ernst. Aber ich bitte Sie als Bürgermeister um Zustimmung für diese Stellenschaffungen.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Ich kann den Ausführungen von Herrn Dr. Käuflein voll zustimmen. Wir sind sehr dafür, gerade in dieser Zeit mit großer Sorgfalt und auch sozialem Augenmaß über Effizienzsteigerungen und Sparpotentiale bezogen auf den kommenden Haushalt nachzudenken. Aber, Herr Kalmbach hat es vorhin Kontinuität genannt, ich nenne es Verlässlichkeit, wir müssen auch in Haushaltsfragen, in Personalplanungsfragen, die mit großer Sorgfalt analysiert wurden – da müssen wir Sie nicht noch einmal bitten, das zu tun – Verlässlichkeit an den Tag legen. Das Ansinnen, um, Herr Dr. Käuflein, Ihre Worte aufzugreifen, man könnte es Populismus nennen. Denn hier wird gesagt, ohne Aufgabenkritik fallen Stellen weg. Es würde aus meiner Sicht dem Ansinnen der Stadt Karlsruhe schaden, wenn wir sagen, wir haben hier im Gemeinderat mitbeschlossene Aufgaben. Die können wir gerade nicht bewältigen, weil der Gemeinderat nicht weiß, wie er damit umgehen soll. Deswegen ein ganz klares Nein für den Änderungsantrag.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Wir befinden uns durch die Corona-Krise in einer schwierigen Zeit. Das ist keine Frage. Die Stadt Karlsruhe steht vor neuen Herausforderungen. Auf die Stadtverwaltung kommt in diesen Zeiten und in den folgenden Zeiten dadurch nicht Weniger- sondern Mehrarbeit zu. Die Menschen in Karlsruhe brauchen die Stadtverwaltung mehr denn je. Die Stadt wächst. Eine größere Stadt braucht auch eine größere Stadtverwaltung. Die IT, was auch in den Änderungsanträgen steht, ist von Bedeutung. Aber nicht nur die IT, auch andere Bereiche sind wichtig. Das Wissensmanagement ist zum Beispiel wichtig und von großer Bedeutung für die Zukunft unserer Stadt. Denn neue Herausforderungen müssen gemeistert werden. Nur so kann Generationswechsel gelingen, wenn die wichtigen Fragen und die wichtigen Antworten weitergegeben werden.

Wir von den GRÜNEN haben im Personalausschuss kritische Fragen gestellt. Wir haben nachgefragt nach den Einzelfällen. Wir haben die Fragen vorher schon eingereicht, weil wir dem genau auf den Grund gehen wollten. Von anderen Fraktionen kam da nicht viel oder deutlich weniger. Einige haben auch gelächelt oder etwas komisch geschaut, dass wir so viel gefragt haben. Wir konnten uns dadurch überzeugen, dass die Stellen wichtig sind, und dass wir sie jetzt brauchen und nicht irgendwann in 10 oder 20 Jahren. Wir brauchen sie jetzt. Durch dieses Hinausschieben bis 2021 ist noch ein bisschen Luft im Haushalt geschaffen worden. Deswegen können wir der Vorlage der Verwaltung nur zustimmen und müssen diese Änderungsanträge von FW|FÜR und auch der AfD entschieden ablehnen. Uns bleibt überhaupt keine andere Wahl.

Ich möchte auch hier noch einmal der Stadtverwaltung für ihre hervorragende Arbeit in dieser schweren Zeit danken.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Herr Bürgermeister Dr. Käuflein hat es sehr ausführlich und meiner Ansicht nach auch richtig geschildert. Er hat gesagt, es fällt keine Aufgabe weg. Nein, durch die Krise sind noch Aufgaben dazugekommen. Das muss man ganz klar sagen. Ich finde es fast schon eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, wenn man genau diese Dinge in einem Ausschuss ausgiebig diskutiert, der Kollege Riebel hat es gesagt, da gab es Nachfragen, dann gab es einen Beschluss, und dann fällt einem im Nachhinein ein, das halten wir jetzt alles an. Wenn wir das mit jedem Beschluss aus dem Ausschuss machen, dann können wir uns aber auch dauerbeschäftigen. Ich glaube, dies ist nicht der richtige Weg. Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich insbesondere Personalstellen besonders kritisch sehe. Personalstellen sind Investitionen auf Dauer. Das ist nicht, dass man das irgendwann einmal macht. Aber, liebe Leute, sowohl der Gemeinderat, der die Stellen alle gefordert hat, als auch das zuständige Personalamt, wo die Fachleute sind – nicht wir sind die Fachleute, das zuständige Personalamt ist das -, als auch die Bürgermeisterkonferenz, die sich dann noch einmal damit auseinandersetzt, haben diesen Stellen zugestimmt. Alle haben sich Gedanken gemacht. Und dann kommen wir her und sagen im Nachhinein, wir halten es noch einmal an und diskutieren noch einmal über jede einzelne Stelle. Wenn wir das hier einkehren lassen, dann sind wir irgendwann an einem Punkt, wo wir uns hier dauerhaft einquartieren können und über jedes Detail diskutieren.

Von unserer Seite gibt es eine klare Zustimmung zu dieser Vorlage.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Lieber Herr Dr. Käuflein, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich glaube, wir können gegenseitig sagen, dass wir in der Sache fair miteinander umgegangen sind

und auch miteinander umgehen. Ich habe Ihnen gleich nach dem Ausschuss gesagt, dass es wahrscheinlich dazu kommt, dass wir das Ganze anhalten. Wir mussten es natürlich noch in unserer Fraktion beraten. Es ist keineswegs so, wie es Herr Hofmann dargestellt hat, dass es uns gerade eingefallen ist. Das Problem, was wir haben, ist eigentlich eines, das die Kollegen hier auch haben sollten. Wir sind jetzt in einer Wirtschaftskrise. Wir haben zu wenig Geld in der Stadt. Aber davon merkt man nichts. Die Vorlagen der Stadt bleiben unverändert. Das ist die Planung von vor Corona, als noch keiner daran gedacht hat, dass wir auf einmal 200 Mio. Euro weniger haben, dass wir mit riesigen Ausfällen bei den städtischen GmbHs konfrontiert sind, dass wir viele zusätzliche Gelder brauchen, um Menschen in dieser Stadt beizuspringen. Die Situation ist jetzt eine andere. Man kann nicht einfach so weitermachen wie bisher. Was jeder betroffene Unternehmer hier in dieser Stadt tun muss, nämlich neu planen, das wollen wir als Teil der Stadtverwaltung auch tun.

Wir sagen nicht, diese Stellen müssen alle entfallen. Wir schlagen in diesem Antrag vor, dass der Gemeinderat die Stadtverwaltung beauftragt, die Stellen noch einmal zu überarbeiten, auf die nötigsten Stellen zu kürzen. Das, was jeder Unternehmer in dieser Zeit macht, sollten wir als Stadtverwaltung auch machen. Ich glaube nicht, dass diese Stellen alle unverzichtbar sind. Sie wissen genauso gut wie ich, viele dieser Stellen werden geschaffen, um freiwillige Aufgaben der Stadt zu erfüllen, Herr Oberbürgermeister. Damit sind sie per se verzichtbar. Wir haben darüber gesprochen, dass es sein könnte, dass wir eine Haushaltssperre bekommen. Wir haben darüber gesprochen, dass es sein könnte, dass wir nächstes Jahr eine Stellenwiederbesetzungssperre bekommen, einfach weil wir zu wenig Geld haben. Dann werden davon alle Stellen betroffen sein. Deswegen sagen wir, jetzt müssen wir überprüfen, welche Stellen wir neu schaffen. Denn diese neu geschaffenen Stellen werden unseren Haushalt mit 9,2 Mio. Euro jedes Jahr belasten. Es ist nicht so, dass wir allen Stellen widersprechen. Ich habe noch einmal im Antrag darauf hingewiesen. Viele Stellen haben wir mitgetragen, dass sie geschaffen wurden, weil sie keine Auswirkung auf den Haushalt haben. Wir haben die IT-Stellen geschaffen, weil wir eingesehen haben, dass die unbedingt notwendig sind. Deswegen werden wir auch den Änderungsantrag nicht mittragen, denn die IT-Stellen wurden bereits geschaffen. Wir sagen nur, die Verwaltung muss das tun, was jeder Unternehmer in dieser Stadt jetzt tun muss. Noch einmal genau schauen, was sind eigentlich unsere Kernaufgaben, was sind Aufgaben, die wir jetzt in dieser Krise einfach nicht mehr erfüllen können. Dafür bitten wir um Unterstützung.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Die Frage nach dem sachgerechten Umgang mit den Finanzmitteln der Stadt darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden. Des Weiteren müssen wir als Stadt eine seriöse Arbeitgeberin sein und bleiben. Wenn Sie sich die Liste noch einmal anschauen, so finden Sie vor allem notwendige strukturelle Stellenschaffungen. Für viele gilt auch, dass diese Stellen bereits beschlossen waren, somit Planungen innerhalb der Verwaltung schon mit diesen Stellen gemacht werden konnten und mussten. Eine Bugwelle an Stellen, wenn wir sie heute nicht abflachen, würde dann in den Jahre 2022 und 2023 exponentiell größer. Wenn wir uns etwas zugutehalten können in dieser schwierigen Zeit, dann, dass wir es gemeinsam schaffen, diese Kurven abzuflachen.

Wir würden als FDP-Fraktion den Antrag der AfD-Fraktion ablehnen. Wir haben aber Sympathien für den Änderungsantrag der FW|FÜR und werden diesem auch zustimmen. Sollte das keinen Bestand haben, möchten wir unsere Zustimmung zum Hauptantrag allerdings

unter eine Prämisse stellen. Denn ich denke, dass so manche Träume von Stellenschaffungen in der Zukunft ausgeträumt sein werden.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Lieber Herr Dr. Käuflein, vielen Dank. Sie haben es im Prinzip richtig ausgeführt, wie es im Personalausschuss beraten wurde. Wir gehen alle davon aus, dass diese Corona-Krise für uns Herausforderungen stellt, die wir heute vielleicht noch gar nicht im vollen Umfang absehen können, denen man aber als Stadtverwaltung begegnen können muss. Ich bin mir im Klaren darüber, dass gerade diese Krise für die Stadtverwaltung mehr Mehrbedarf erzeugt als weniger. Wir haben im Personalausschuss immer angesprochen, dass wir das Problem haben, dass in ein paar Jahren auf einen Schlag ganz viele Menschen in den Ruhestand gehen werden. Wir müssen also jetzt vorsorgen, im Rahmen dieser Krise dafür sorgen, dass die Stadtverwaltung funktionsfähig bleibt. Das ist nämlich das Markenzeichen. Eine gute funktionierende Stadtverwaltung führt dazu, dass sich Betriebe hier ansiedeln, dass Karlsruhe als attraktiver Standort verstanden wird. Wir wachsen als Stadt, als Gesellschaft. Dem muss man Rechnung tragen. In meinen Augen ist die Stadtverwaltung der Service, der Dienstleister für alle Anliegen, die die Bevölkerung hat. Ich möchte, dass die Bevölkerung gut bedient wird. Deshalb stimmen wir dem auf jeden Fall zu.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Lieber Herr Dr. Käuflein, danke für die Belehrung. Es ist uns durchaus bekannt, dass die Stellen geschaffen wurden aufgrund des Auftrags des Gemeinderats. Es ist durchaus bekannt, um was es hier geht. Trotzdem muss man sagen, wir sind in einer besonderen Situation. Stellen auf Sperrvermerk zu setzen, heißt nicht, dass die nicht geschaffen werden sollten. Es heißt, sie stehen unter Vorbehalt, dass sich unser Haushalt, wie OB Mentrup hofft, gut entwickelt. Dann kann man sagen, man gibt es frei, und man kann die Stellen schaffen. Aber im Moment leben wir wie ein Schiff, das nicht genau weiß, wohin es fährt. Diese Ungewissheit müssen wir jetzt aushalten.

Ich würde Ihnen, Herr Dr. Käuflein, gerne eine Aufgabe geben. Rechnen Sie einmal den Zugewinn an Menschen in Karlsruhe und den Zugewinn an Personal aus, ob das tatsächlich parallel läuft. Ich würde es in Frage stellen. Bitte machen Sie das einmal. Dann können wir darüber reden.

Frau Binder, weil viele Leute in Ruhestand gehen, jetzt deswegen Leute einzustellen, ist kein Argument. Die werden auf ganz anderen Positionen eingestellt. Es geht jetzt um neue Positionen, um neue Stellenschaffungen, und nicht um die Auffüllung von Stellen, wo Menschen in den Ruhestand gehen. Wir sagen nur, in Anbetracht der Situation bitten wir, jetzt weise zu handeln. Die Weisheit wird heißen, wir stellen einen Teil der nicht ganz so nötigen Stellen unter Sperrvermerk und können die schaffen, sobald wir wieder klare Sicht haben, dass der Haushalt sich besser erholt, als wir dachten. Das ist das Anliegen von dem Ganzen. Da bitte ich um Zustimmung, denn es wäre klug, so zu handeln.

**Der Vorsitzende:** Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich würde jetzt in die Abstimmungen einsteigen. Es ist jetzt etwas schwierig zu ermessen, welcher Antrag der weitestgehende ist. Aber ich würde jetzt den AfD-Antrag zur Abstimmung stellen, weil Sie konkret Stellen nicht schaffen wollen, während die anderen sie nur verschieben. Insofern würde ich das als den weitestgehenden Vorschlag begreifen und bitte jetzt um das entsprechende Kartenzeichen. – Dann haben wir 3 Zustimmungen, sonst nur Ablehnungen, damit mit 43 Ja-Stimmen abgelehnt.

Wir kommen damit zum Änderungsantrag FW|FÜR, mit den 30 %, die dann verschoben werden sollen. – Da haben wir 7 Zustimmungen, der Rest ist Ablehnung. Bei 46 Anwesenden sind wir damit bei 39 Ablehnungen.

Damit kommen wir zur unveränderten Beschlussvorlage der Verwaltung. – Wir 3 Enthaltungen, 3 Gegenstimmen und 40 Zustimmungen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
16. Juni 2020